

tariats mit der armen Bauernschaft als Vorbedingung des Sieges der sozialistischen Revolution.

Der Parteitag verurteilte die menschowistische Theorie von der Neutralität der Gewerkschaften. Der Parteitag wies darauf hin, daß die wichtigen Aufgaben, vor denen die Arbeiterklasse Rußlands steht, nur dann erfüllt werden können, wenn die Gewerkschaften kämpferische Klassenorganisationen bleiben, die die politische Führung der Partei der Bolschewiki anerkennen.

Der Parteitag nahm die Resolution „Über die Jugendverbände“ an, die in jener Zeit nicht selten spontan entstanden. Der Partei gelang es durch die nachfolgende Arbeit, sich diese jungen Organisationen als Reserve der Partei zu sichern.

Auf dem Parteitag wurde die Frage behandelt, ob sich Lenin dem Gerichte stellen solle. Kamenew, Rykow, Trotzki und andere vertraten schon vor dem Parteitag die Auffassung, daß sich Lenin dem Gericht der Konterrevolutionäre stellen solle. Genosse Stalin sprach sich entschieden gegen das Erscheinen Lenins vor Gericht aus. Der VI. Parteitag sprach sich ebenfalls dagegen aus, da er der Auffassung war, daß man dort nicht Gericht halten, sondern Henkerwerk verrichten werde. Der Parteitag zweifelte nicht daran, daß die Bourgeoisie nur das eine anstrebte — mit Lenin, als ihrem gefährlichsten Feind, physisch abzurechnen. Der Parteitag erhob Protest gegen die Hetze, die die Bourgeoisie und die Polizei gegen die Führer des revolutionären Proletariats betrieb, und sandte eine Begrüßung an Lenin.

Der VI. Parteitag nahm ein neues Parteistatut an. Im Parteistatut wurde darauf hingewiesen, daß alle Parteiorganisationen auf der Grundlage des *demokratischen Zentralismus* aufgebaut sein müssen.

Das bedeutete:

1. Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten;
2. periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen;
3. strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit ;
4. unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren und für alle Parteimitglieder.

Im Parteistatut hieß es, daß die Aufnahme in die Partei durch die Ortsorganisationen erfolgt, auf Empfehlung zweier Parteimitglieder und nach Bestätigung durch die allgemeine Mitgliederversammlung der Parteiorganisation.